

# Zur Marxistischen und Neuen Politischen Ökonomie

Von

Werner W. Engelhardt

Jiří Kosta, Hans-Rudolf Peters

Herausgegeben von Günter Hedtkamp



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Schriften des Vereins für Socialpolitik  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Neue Folge Band 112

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 112

---

Zur Marxistischen und  
Neuen Politischen Ökonomie



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

# Zur Marxistischen und Neuen Politischen Ökonomie

Von

Werner W. Engelhardt

Jiří Kosta, Hans-Rudolf Peters

Herausgegeben von Günter Hedtkamp



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten  
© 1981 Duncker & Humblot, Berlin 41  
Gedruckt 1981 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61  
Printed in Germany  
ISBN 3 428 04810 5

## Vorwort

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Vergleich von Wirtschaftssystemen schwerlich auf die rein ökonomischen Aspekte im Sinne der etablierten ökonomischen Theorie und Politik beschränkt werden kann, wenn nicht wesentliche Zusammenhänge im Ordnungsgefüge und wichtige Bestimmungen der Grundphänomene im wirtschaftspolitischen Zielsystem verschüttet werden sollen, hat sich der Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen in seiner Sitzung am 28./29. September 1979 in Gießen auch metaökonomischen Fragen zugewendet. Wenn die dort gehaltenen Referate gesellschaftspolitische Grundpositionen, die sich aus einem mehr oder minder präzisen Bild einer Zukunftsgesellschaft ableiten, zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen gemacht haben, sei es kritisch zu den Ideen und Konzeptionen oder sei es zur Festlegung eines Referenzsystems, kontrastierend zur politischen und ökonomischen Wirklichkeit, oder sei es schließlich als Grundlage für Erklärungsansätze konkreter Phänomene, so nicht in der vereinfachenden Weise fertiger, konkurrenzlos oder dogmatisch festgelegter Ideologien, sondern es wurde versucht, offene, sich im Widerstreit der Meinungen herausbildende und sich entwickelnde Ideensysteme darzustellen. Es wurde versucht, das Gemeinsame einer bestimmten Denkrichtung als Erklärungsansatz für ein Paradigma wirtschaftlicher Ordnungszusammenhänge herauszuarbeiten und von dorther bestimmte Phänomene zu erklären. Es konnte aber auch die Vorläufigkeit und die zeitliche Gebundenheit konkreter Lösungen gezeigt werden.

Marxistische Theorie und Neue Politische Ökonomie waren Ausgangspunkt solcher Überlegungen. Es konnte jedoch nicht der Anspruch des Ausschusses sein, *die* Neue Politische Ökonomie und *die* Marxistische Theorie in ihren mannigfachen Verästelungen auch nur referieren oder gar vergleichen und in ihren Implikationen für die Gestaltung von Systemen und Ordnungen darstellen zu wollen. Vielmehr wurden drei, den Ausschußmitgliedern wichtig erscheinende Fragestellungen herausgegriffen: die so verstandenen Determinanten von Strukturpolitiken, die vor allem im Lichte des „Stamokap“-theoretischen Ansatzes und der Neuen Politischen Ökonomie beleuchtet wurden (Peters), der Vergleich von Marxismus und Neuer Politischer Ökonomie in einigen grundsätzlichen Punkten (Engelhardt) und schließlich ein Vergleich des Bürokratiephänomens im gleichen Bezugsrahmen (Kosta). Auch bei diesen

Arbeiten zeigten sich wieder die bekannten Schwierigkeiten, denen Vergleiche dieser Art notwendigerweise begegnen; diese beginnen bei der Methodik und enden bei den unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen und Sprachregelungen. Gerade für das Bürokratieproblem erwies sich der Vergleich als so schwierig, daß der Beitrag auf die Marxistische Politische Ökonomie beschränkt werden mußte. Solche Probleme, die sich um so mehr stellen, als sehr spezielle Ausformungen von Wirtschaftssystemen im Hinblick auf deren Determinanten mit einander verglichen werden, waren nicht zuletzt ein Grund dafür, es bei der Analyse von grundsätzlichen Positionen bewenden zu lassen. Der Ausschuß hofft gleichwohl, mit diesen Referaten die Diskussion sowohl über die grundlegenden methodologischen Fragen eines Vergleichs von Wirtschaftssystemen als auch über die konkreten Erklärungsansätze anzuregen und damit eventuell auch diese Fragen einer differenzierteren und befriedigenderen Antwort zuzuführen.

München, im November 1980

*Günter Hedtkamp*

## Inhaltsverzeichnis

Strukturpolitische Erklärungsansätze in der Stamokap-Theorie und Neuen Politischen Ökonomie Von <i>Hans-Rudolf Peters</i> , Oldenburg .....	9
Einige grundsätzliche Aspekte des Vergleichs Marxistischer und Neuer Politischer Ökonomie Von <i>Werner W. Engelhardt</i> , Köln .....	55
Das Phänomen der Bürokratie in der marxistischen politischen Ökonomie Von <i>Jiří Kosta</i> , Frankfurt .....	95





# **Strukturpolitische Erklärungsansätze in der Stamokap-Theorie und Neuen Politischen Ökonomie**

Von *Hans-Rudolf Peters*, Oldenburg

## **I. Problemstellung**

Während die reine Ökonomie ihren Modellen nur ökonomische Faktoren und Variable zugrunde legt, zieht die politische Ökonomie auch die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsgeschehen und Politik in ihre Untersuchungen ein. Die Erweiterung des Untersuchungsfeldes um politische und gesellschaftliche Variable, wie z. B. typische Reaktionen politisch-staatlicher Entscheidungsträger, Beeinflussungstaktiken von Interessengruppen oder das Wählerverhalten, komplizieren naturgemäß die Analysen und erschweren in der Regel eine Quantifizierung der Analyseergebnisse. Demgegenüber kann bei Analysen der politischen Ökonomie auf der Habenseite ein Gewinn an Realitätsnähe stehen, der durch den eventuellen Verlust an formaler bzw. mathematischer Determiniertheit der Modellprämissen kaum geschmälert wird. Gelingt es beispielsweise, typische Reaktionen der strukturpolitischen Entscheidungsträger auf tatsächliche oder von Interessenverbänden vorgetäuschte Branchenprobleme herauszufinden, so trägt dies zur Erklärung bestimmter Phänomene der Wirtschaftspolitik bei. Eine solche Verhaltenstypologie büßt ihren Wert auch keineswegs dadurch ein, daß man eventuell die voraussichtliche Höhe der Subventionen oder den Grad von sektoralen Wettbewerbsbeschränkungen nicht exakt vorausbestimmen kann. Versuche, den Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Regierungspopularität in politisch-ökonomischen Gesamtmodellen anhand sogenannter Popularitätsfunktionen zu erfassen, deuten zudem auf die grundsätzliche Zugänglichkeit auch der Politischen Ökonomie für quantitative Analysen hin.

Die Volkswirtschaftslehre ist von ihren Anfängen her Politische Ökonomie. Dies zeigt sich bereits deutlich in den Wirtschaftslehren und wirtschaftspolitischen Maximen der Merkantilisten, welche die damalige enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft widerspiegeln. Auch die klassische liberale Ökonomie von Adam Smith, die auf der Leitidee der individuellen Freiheit basiert, ist eingebettet in politisch-gesellschaftliche Bezüge und somit im Grunde Politische Ökonomie.

Die Smithsche Kernidee der individuellen Freiheit und Selbstentfaltung im Wirtschafts- und Arbeitsleben gewinnt erst ihre Überzeugungskraft im Kontrast zu den zünftlerischen Privilegien und zur staatsdirigistischen Wirklichkeit seiner Zeit. Die Harmonielehre von Adam Smith, derzufolge die freie, durch keine zünftlerischen Privilegien und unnötigen staatlichen Reglementierungen eingeengte Verfolgung des individuellen Eigeninteresses im Wirtschafts- und Arbeitsleben gleichzeitig dem Wohl aller bzw. der Gesellschaft dient, ist kein reiner Ökonomismus. Smith hat nicht — wie oftmals unterstellt wird — den schrankenlosen Egoismus und den Nachtwächterstaat befürwortet, sondern die freie Betätigung im Rahmen einer Rechtsordnung und unter wirkungsvoller Wettbewerbskontrolle gefordert, was den (auf seinen eigentlichen Gebieten) starken Staat voraussetzt. Auch Karl Marx, der die Harmonielehre verwirft, sieht in Adam Smith' Werk die Politische Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft repräsentiert, auf die er seine frontale Kritik richtet. Die marxistische Theorie ist in ihrem Kern Politische Ökonomie. Marx hat bei seinen grundlegenden Analysen des ökonomischen Prozesses bzw. der realen Basis stets den Zusammenhang mit dem politischen und staatlichen Überbau im Auge behalten. Nach Bernholz „hat die marxistische Theorie den Staat nie als über der Gesellschaft schwebenden deus ex machina aufgefaßt, sondern deutlich auf die Möglichkeit des Mißbrauchs der staatlichen Macht zum Zwecke der Unterdrückung einer Klasse durch die andere (etwa der Proletarier durch die Kapitalisten) hingewiesen“<sup>1</sup>. Nachzutragen ist noch, daß zweifellos auch Friedrich List Politische Ökonomie betrieben hat, wie schon der Titel seines Hauptwerkes „Das Nationale System der Politischen Ökonomie“ zeigt. Die weitgehende Ausklammerung der politisch-gesellschaftlichen Aspekte und der Übergang zur reinen Ökonomie vollzieht sich erst viel später. Sie erreicht einen gewissen Kulminationspunkt in jener Art Wirtschaftstheorie, die — wie die neoklassische Markt- und Preistheorie — nur noch Mengen und Preise in einem Koordinatensystem unter bestimmten Annahmen in Beziehung zueinander setzt und alle anderen ökonomischen und politisch-gesellschaftlichen Einflüsse durch die Klausel „ceteris paribus“ ausschaltet. In manchen hochgezüchteten Modellen quantitativen Zuschnitts hat heute weder die Politische noch die Reine Ökonomie mehr Platz, sondern es tobt sich in ihnen vornehmlich formale Mathematik aus. Insbesondere das weitverbreitete Unbehagen an der vollmathematisierten Formalökonomie hat zu einer Neubesinnung und zu verschiedenen Ansätzen einer Neuen Politischen Ökonomie nicht-marxistischen Charakters geführt.

---

<sup>1</sup> Peter Bernholz: Grundlagen der Politischen Ökonomie, Bd. 1, Tübingen 1972, S. 3.

Im Rahmen dieses Referates werden zwei Varianten der Neuen Politischen Ökonomie, nämlich die Ökonomische Theorie der Demokratie und die Mesoökonomische Theorie der Strukturpolitik, dargestellt und interpretiert. Ferner wird die neomarxistische Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap-Theorie) auf ihren Gehalt an strukturpolitischen Erklärungsmustern überprüft. Die Strukturpolitik eignet sich besonders gut als Bezugsgrundlage für die Klärung der Frage, ob und inwieweit verschiedene Varianten der Politischen Ökonomie plausible politisch-ökonomische Erklärungsansätze für diesen Teilbereich bieten; denn gerade hier verquicken sich erfahrungsgemäß politische, ökonomische und gesellschaftliche Elemente und Aspekte zu einem untrennbaren Komplex. Bei der Analyse wird herauszufinden versucht, ob und in welchem Maße die darzustellenden Varianten der Politischen Ökonomie zur Beantwortung der Frage beitragen, warum sich die Strukturpolitik in einem bestimmten Wirtschaftssystem-Typ so und nicht anders und auch unter den jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Systembedingungen kaum anders hätte entwickeln können.

## **II. Strukturpolitische Phänomene in alternativen Wirtschaftssystemen**

Bevor die zu klärenden strukturpolitischen Phänomene in alternativen Wirtschaftssystemen aufgezeigt werden, bedarf es der Eingrenzung des Analyseobjektes „Strukturpolitik“. Da die Strukturpolitik auf ökonomische Strukturen und den Strukturwandel einwirkt, werden zunächst diese beiden Begriffe erläutert. Das Wesen von Strukturen offenbart sich an der Art und Weise, wie Teile zu ihrer übergeordneten Gesamtheit und untereinander verbunden sind (qualitativer Aspekt) und an dem jeweiligen Umfang der Teile an der Gesamtmasse (quantitativer Aspekt). Allgemein läßt sich „Struktur“ definieren als die Teile eines Ganzen, die in einem bestimmten qualitativen und quantitativen Verhältnis zum Ganzen und untereinander stehen. Beispielsweise ist die Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft charakterisiert durch die Arten der Branchenproduktionen und die Produktionsanteile der einzelnen Wirtschaftszweige an der Gesamtproduktion bzw. am Sozialprodukt sowie durch die Art und das Ausmaß der Verflechtungen der Branchenproduktionen. Im Laufe der Wirtschaftsentwicklung, die sich als Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftsschrumpfung erweisen kann, ändern sich in der Regel die qualitativen Verhältnisse und quantitativen Proportionen der Wirtschaftszweige untereinander und zur volkswirtschaftlichen Gesamtheit.

Strukturwandlungen sind dauerhafte Veränderungen, die entweder plötzlich (z. B. als Entwicklungsbruch durch revolutionäre Erfindungen)